

Freiburg sagt Ja zur Lex

Eine deutliche Mehrheit der Freiburgerinnen und Freiburger will, dass Schweizer in Zukunft stärker unterstützt werden. Die Gegner befürchten steigende Preise.

Frank Oliver Salzgeber

FREIBURG Die Umfragen hatten im Vorfeld längst nicht ein so klares Resultat prognostiziert. Am Sonntag sprachen sich mehr als 58 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung für das Bundesgesetz über Filmproduktion und Filmkultur aus. Im Kanton Freiburg waren es sogar fast 64 Prozent. «Ich bin positiv überrascht. Ein so deutliches Resultat hätte ich wirklich nicht erwartet», sagte die Freiburger Ständerätin Isabelle Chassot (Die Mitte). Die ehemalige Direktorin des Bundesamts für Kultur hatte sich damals sehr für die Lex Netflix engagiert.

Mehr Geld für Schweizer Film

Für die Filmförderung in der Schweiz gibt es nun zusätzliches Geld von den grossen Streamingdiensten. Neu müssen Streamingplattformen wie beispielsweise Netflix vier Prozent ihres Umsatzes in den Schweizer Film investieren. 30 Prozent ihres Angebots müssen europäische Produktionen sein. Bis auf Österreich kennen alle Nachbarländer der Schweiz heute schon vergleichbare Regelungen. «Dank des neuen Gesetzes haben Schweizer Filmschaffende jetzt gleich lange Spiesse», so Chassot, «und damit mehr Chancen, international präsent zu sein.» Als Resultat des



Mit der neuen Lex Netflix werden künftig europäische Produktionen

neuen Gesetzes würden Schweizer Filme und Serien eher ins Angebot der Streamingdienste aufgenommen werden.

Auch die Grünliberale Partei von Freiburg zeigte sich am Sonntag in einem Communiqué erfreut: «Das ist eine gute Nachricht für Schweizer Filmschaffende.» Sogar von einem grossen Tag für die Schweizer Kultur und die Schweizer Filmschaffenden sprach Christine Bulliard-Marbach. Die Freiburger Nationalrä-

tin der Mitte ist überzeugt: «Die Schweizer Filmindustrie erhält neue Impulse. Das ist eine grosse Chance für den Schweizer Film.»

Drei Freiburger Gemeinden stimmten dagegen

Die FDP des Kantons Freiburg hingegen bedauert das Ja zum Filmgesetz: «Dieses Investitionsobligatorium ist eine protektionistische Massnahme und verstösst gegen die Freiheit der Konsumenten», schreibt sie in einer